



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

6. Februar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW

7

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013
Ausschussprotokoll 17/449

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD ab.

2 Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“ **8**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3021
Ausschussprotokoll 17/492

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab.

3 Es ist fünf nach Zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt! **10**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD ab.

4 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bergmannsversorgungsgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4579

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in seiner nächsten Sitzung eine Beschlussempfehlung abzugeben.

5 Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4781

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss vereinbart, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf zu beschließen, sofern das Ministerium rechtzeitig vor dieser Sitzung dem Ausschuss die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung zur Verfügung stellt und in einer Vorlage darlegt, welche der Änderungen in dem Gesetzentwurf sich aus der Verbändeanhörung ergeben haben und welche der gewünschten Änderungen aus der Verbändeanhörung das Ministerium außen vor gelassen hat.

6 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungsgrenzenverordnung muss verlängert werden 13

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 05.04.2019 stattfindenden Anhörung im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu beteiligen.

7 Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich aus terminlichen Gründen nur nachrichtlich an der am 22.03.2019 stattfindenden Anhörung im Integrationsausschuss zu beteiligen.

- 8 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen** 15
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 03.04.2019 stattfindenden Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung zu beteiligen.
- 9 Zuwanderung und Asyl sind grundsätzlich voneinander zu trennen. Die Landesregierung muss sich auf allen Ebenen ausschließlich für eine qualifizierte Zuwanderung einsetzen.** 16
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4462
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 22.03.2019 stattfindenden Anhörung im Integrationsausschuss zu beteiligen.
- 10 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 5. Bericht zur Umsetzung** 17
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1590
- Diskussion
- 11 Arbeit der Besuchskommissionen und Rahmendaten der Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)** 21
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1629
Vorlage 17/1630
- Diskussion

- 12 Beabsichtigte Einstellung der Förderung der Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1635

– Diskussion

- 13 Gesundheitliche Versorgung in Justizvollzugseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen** (*Bericht – Vorlage 17/1106 – beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Sitzung des Rechtsausschusses am 26.09.2018; Bericht – Vorlage 17/1647 – beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **26**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1106
Vorlage 17/1647

– Diskussion

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt, falls der Rechtsausschuss eine Anhörung zu Vorlage 17/1106 beschließt, für eine Verfahrensabsprache noch einmal in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen.

- 14 Gewalt gegenüber Pflegekräften** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 3]*) **29**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1642

– Diskussion

- 15 Assistenz behinderter Menschen im Krankenhaus** (*Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) **31**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1646

– Diskussion

- 16 Beschlüsse des 9. Jugend-Landtags 2018 34**
- Beschluss 2 – JLT 2018
Beschluss 3 – JLT 2018
Information 17/141
- Diskussion
- 17 Verschiedenes 35**
- a) **Besprechung des weiteren Vorgehens hinsichtlich des Antrags „Sepsissterblichkeit nachhaltig verringern – Erstellung und Umsetzung eines landesweiten Sepsisplans“**
- Gemäß Vereinbarung in der Obleuterunde soll die Beratung über den Antrag in der nächsten Ausschusssitzung fortgesetzt werden.
- b) **Rechtliche Fragestellungen in Bezug auf den Brexit im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4781

– Verfahrensabsprache

Das Plenum hat den Gesetzentwurf nach der ersten Lesung am 23.01.2019 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Josef Neumann (SPD) verweist auf die Absprache der Obleute, keine Anhörung durchzuführen, sowie darauf, dass die Ergebnisse der ohnehin stattfindenden Verbändeanhörung eine Grundlage für die Entscheidung im Ausschuss bilden sollten. Zudem würde angesichts des großen Umfangs eine Darstellung der Änderungen, für die eine Aufnahme in den Gesetzentwurf geplant sei bzw. die bereits aufgenommen worden seien, und derer, die keine Aufnahme gefunden hätten, die Arbeit des Ausschusses erleichtern.

Der Ausschuss vereinbart, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf zu beschließen, sofern das Ministerium rechtzeitig vor dieser Sitzung dem Ausschuss die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung zur Verfügung stellt und in einer Vorlage darlegt, welche der Änderungen in dem Gesetzentwurf sich aus der Verbändeanhörung ergeben haben und welche der gewünschten Änderungen aus der Verbändeanhörung das Ministerium außen vor gelassen hat.

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) sagt beides zu und begrüßt die Bereitschaft des Ausschusses, die Beratung des Gesetzes bereits in der nächsten Sitzung abzuschließen.

